

## Zürich

# Affenversuche definitiv verboten

Das Bundesgericht bestätigt das Verbot von zwei Versuchen mit Affen am Zürcher Institut für Neuroinformatik. Es weist die Beschwerden von Uni und ETH ab.

## Von Felix Maisie

Lausanne/Zürich - Gieri Bolliger, Geschäftsführer der Stiftung für das Tier im Recht, spricht von einem «Meilenstein für den Tierschutz»: Gestern gab das Bundesgericht seinen Entscheid zu zwei im Jahr 2006 von der Tierversuchskommission des Kantons Zürich angefochtenen Bewilligungen für Versuche an Rhesusaffen am Institut für Neuroinformatik bekannt. Die obersten Richter stützen dabei voll die Einschätzung der Kommission, der Zürcher Gesundheitsdirektion und des Zürcher Verwaltungsgerichts, dass der in Aussicht gestellte Nutzen der zwei Versuche nicht im Verhältnis zur Belastung der Affen stehe. Anders als die Forscher und die erste Bewilligungsinstanz, das kantonale Veterinäramt, fanden sie, dass die Güterabwägung zwischen den Interessen der Forscher und dem Tierwohl im konkreten Fall zugunsten der Affen hätte ausfallen müssen. Die Begründung des Bundesgerichts zur Ablehnung der Beschwerde von Uni und ETH gegen das Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichts steht noch aus.

## Uni und ETH sind «enttäuscht»

«Der Erfolg nährt die Hoffnung, dass der Schutz der Würde der Tiere in der gesetzlich vorgeschriebenen Güterabwägung künftig generell stärkere Beachtung finden wird», kommentiert Bolliger, bis vor kurzem selber Mitglied der Zürcher Tierversuchskommission, das Lausanner Urteil. Juristisch überraschte ihn der Entscheid nicht. Aus politischen Gründen, weil die Forscher und die Hochschulen viel öffentlichen Druck gemacht hätten, sei er aber gespannt gewesen. Von einem Durchbruch spricht auch Sabine Umbrecht-Vonlanthen, Geschäftsführerin des tierversuchskritischen Arbeitskreises Animalfree Research. «Erstmals überhaupt wurden damit Tierversuche in der Schweiz durch eine Tierversuchskommission auf dem Rechtsweg verhindert und mit der Würde des Tieres begründet», lobt sie das Urteil.

Gar keine Freude am definitiven Nein zu den zwei umstrittenen Versuchen in der Hirnfunktions-Grundlagenforschung haben die beiden Zürcher Hochschulen. ETH und Uni, welche das 1995 neu gegründete Institut für Neuroinformatik gemeinsam führen, zeigen sich vom Entscheid «enttäuscht». Da die Begründung zum Urteil noch nicht vor-



Keine Forschung mehr mit Affen, keine Tests mehr für Affen (hier ein Versuch im Ausland). Foto: ZVG

liegen, wollen die Verantwortlichen materiell noch nicht Stellung nehmen. Unabhängig davon befürchtete ETH-Präsident Ralph Eichler und Uni-Prorektor Heini Murer in einer ersten Reaktion aber «negative Auswirkungen auf die Stellung des Forschungsplatzes Zürich», wie die ETH in einer Medienmitteilung schreibt.

Die beiden Hochschulen hatten den ablehnenden Vorentscheid der Zürcher Instanzen öffentlich als ein Abweichen von der bisherigen Bewilligungspraxis kritisiert. Eine ihrer Meinungen nach neue, zu restriktive Bewilligungspraxis käme einem faktischen Verbot des Einsatzes von Primaten in der Grundlagen-

forschung gleich, argumentierten sie damals. Die Schweiz handle sich damit international einen massiven Wettbewerbsnachteil ein.

## Das Aus für alle Affenversuche?

Weniger zurückhaltend reagiert Professor Kevan Martin, einer der direkt vom Verbot betroffenen Forschungsleiter, auf den Lausanner Entscheid. Für ihn ist der schlicht «eine Katastrophe für unser Institut», wie er dem TA sagt. «Unsere international anerkannte Spitzenforschung steht damit auf dem Spiel», wiederholt er seine vor kurzem bereits in einem TA-Artikel geäußerte Ansicht (TA vom 17. September).

Nach dem definitiven Verbot der zwei Affenversuche und dem Wegzug eines weiteren Forschers, der im September dem Ruf der Universität Göttingen folgte und seinen unangefochtenen Zürcher Affenversuch nach Deutschland mitnahm, gibt es am Institut laut Martin keine Primatenversuche mehr. Ob dies das endgültige Aus für die Zürcher Primatenversuche in der Hirnforschung ist, bleibt abzuwarten. Darüber werde er jetzt mit den Juristen und der Schulleitung diskutieren, so Martin. Tierversuche wird es am Institut im Übrigen weiterhin geben: Zum Einsatz kommen laut Martin Vögel, Ratten, Mäuse und Katzen.

## EVP und CVP sind froh über Wegzug der Erotikmesse

Die Erotikmesse Extasia weicht nach Basel aus. In Zürich ist sie in grossen Hallen unerwünscht.

Zürich - Eigentlich wollten die Extasia-Organisatoren ihre Messe im Hallenstadion veranstalten. Doch die Türen bleiben für den Sexevent geschlossen, die Messe zieht nach Basel. Extasia-Mitveranstalter Arnold Meyer bestätigt eine entsprechende Meldung von «20 Minuten». Hallenstadion-Direktor Felix Frei sagt, strategische Gründe hätten zur Absage geführt: «Die Extasia passt mit ihrem Schmuddelimage nicht zum umgebauten Hallenstadion mit seinen hochklassigen Anlässen.» Darüber herrschte im Verwaltungsrat der Hallenstadion AG, in dem auch Stadtrat Martin Vollenwyder (FDP) sitzt, offenbar Einigkeit. Der Entscheid ist laut Frei einstimmig gefallen. Im Jahr 2007 gewährte das Hallenstadion der Sexmesse noch Gastrecht, was heftige Proteste aus christlichen Kreisen auslöste. Die jetzige Absage habe nichts mit diesen Protesten zu tun, sagt Frei.

## Porno soll schädlich sein

Gemeinderat Ernst Danner (EVP) zeigt sich erfreut über den Wegzug der Extasia: «Dieser Schritt erfüllt mich mit Genugtuung.» Noch lieber wäre es Danner gewesen, die Messe wäre ganz verschwunden. Für den EVP-Politiker hat Pornografie einen der Persönlichkeit zersetzenden Charakter. CVP-Gemeinderat Christian Traber ist erleichtert, dass es in Oerlikon ohne die Extasia nun ruhig bleiben wird.

Arnold Meyer hofft, die Erotikmesse 2010 wieder in Zürich durchführen zu können. Dies wird nicht ganz einfach sein. Das Kongresshaus will nichts von der Extasia wissen. «Wir finden, dass dieses Thema überhaupt nicht in unser Gemüther passt», sagt Kongresshaus-Direktor Norbert Bollinger. Auch in der ABB-Eventhalle 550 in Oerlikon, die bereits fünfmal die Extasia beherbergte, sind die Chancen beinahe null. «ABB als Eigentümerin vermietet die Halle seit dem 1. Januar 2008 grundsätzlich nicht mehr abzu», sagt Sprecherin Melanie Nyfeler.

Laut den Betreibern der Messe besuchen durchschnittlich zwischen 10 000 und 15 000 Besucher die Extasia. Der Anteil der Paare und weiblicher Besucher soll bei über 42 Prozent liegen.

Benno Gasser

## Nachrichten

### Zürich

#### Verletzte Frau im Parkhaus ist gestürzt

Die 40-jährige Frau, die am Sonntag im Parkhaus Letzpark in Altstetten schwer verletzt aufgefunden wurde, ist vermutlich gestürzt. Aufgrund von Aussagen kann laut Stadtpolizei Zürich ein Delikt weitgehend ausgeschlossen werden. Die Frau konnte am Montag im Spital ein erstes Mal polizeilich befragt werden. Es dürfte wohl ein medizinisches Problem zum Sturz und zu den Kopfverletzungen geführt haben. Die Verletzte befindet sich noch im Spital, es gehe ihr mittlerweile jedoch deutlich besser. (Str)

Tagesanzeiger.ch/Newsnetz

### Sechs alte Eichen am

#### Goldenberg müssen fallen

Die Eichen am Waldrand beim bekannten Winterthurer Ausflugsrestaurant Goldenberg sind 150 Jahre alt. Die grösste hat einen Durchmesser von 1,5 Meter. Sie wird gefällt, weil der Eichenfeuerschwamm sie befallen hat; das ist ein Pilz, der Fäulnis verursacht. Wie der städtische Forstbetrieb mitteilt, müssen mit ihr fünf weitere Eichen und einige Buchen weichen. Die Fällaktion findet vom 14. bis 16. Oktober statt, wenn das Restaurant Betriebsferien hat. Zum Einsatz kommt der sogenannte Tree-Trimmer, ein grosses Kranfahrzeug, das die Baumkronen sicher zu Boden bringt. Dennoch werden die Fusswege am Waldrand gesperrt. (an)

### Zürich

#### Wagen kippte um - Stau von über zehn Kilometern

Bei einem Selbstunfall auf der Autobahn A1 ist gestern Nachmittag ein Geländewagen in Zürich-Seebach gekippt. Der Fahrer blieb unverletzt. Er gab an, dass ein Lieferwagen nach einem Überholmanöver vor ihm eingebogen sei und abrupt abgebremst habe. Beim Ausweichmanöver kollidierte der Geländewagen mit der Mittelleitplanke und kippte zur Seite. Durch den Unfall entstand auf der A1 Richtung St. Gallen ein Stau von mehr als zehn Kilometern. (sth)

### Baden

#### Kulturlokal sucht ein neues Zuhause

Das kleine, feine Kulturcafé Herbert hat die Kündigung erhalten. Spätestens Ende März 2010 muss es die Bäderstrasse 11 verlassen. Wie die Betreiber mitteilen, gab es Probleme wegen des Lärms. Nach Klagen aus der Nachbarschaft seien die Öffnungszeiten reduziert und weniger Konzerte veranstaltet worden. Auch hätten Gespräche stattgefunden - leider erfolglos. (an)

### Winterthur

#### Neuer Abteilungsleiter für die Berufswahlschule

Die Aufsichtskommission der Berufswahlschule (BWS) hat Pierre Zesiger zum Nachfolger von Willi Maag gewählt. Die neue Leiter war ursprünglich Sekundarlehrer und besitzt einen Master im Bereich Schulmanagement. (TA)

## Zürich hält an «Arbeit statt Fürsorge» fest

Arbeitsprogramme nützen Sozialhilfeempfängern wenig, sagt der Bund. Wir machen gute Erfahrungen, sagt die Stadt. Sie war an der Studie aber nicht beteiligt.

Bern/Zürich - Die Botschaft kam überraschend. Weder das Sozialdepartement noch die Sozialpolitiker im Gemeinderat konnten vorab die Ergebnisse der Studie, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) am Montag verbreitet hatte. Dabei ist der Inhalt gerade für Zürich brisant: Bei einer Befragung von 1500 Sozialhilfebezügern stellte sich heraus, dass es keine Beweise gibt, dass Arbeitsprogramme etwas nützen.

«Die Integrationsleistung ist mager», sagt Ruedi Meier, der Leiter der Städteinitiative Sozialpolitik (TA von Dienstag). Ein weiterer Vorwurf: Fürsorgebezügler hätten wegen der Arbeitsprogramme keinen Anreiz, sich auf dem normalen Arbeitsmarkt zu bewerben.

#### Särge vom Arbeitsprogramm

Beschäftigungsprogramme sind gerade in Zürich in den letzten Jahren gross angekommen. Monika Stocker (Grüne), bis Juli 2008 Sozialvorsteherin, hat unter dem Slogan «Arbeit statt Fürsorge» mehrere solcher Programme und die entsprechenden betreuten Arbeitsplätze geschaffen. Auch die Teilhobjobs, bei denen die Stadt aus der Steuerkasse einen Teil des Lohns zuschießt, gehen auf

ihre Initiative zurück. Die Zürcher Holzsärgerei werden in einem städtischen Teilhob-Betrieb hergestellt. Stocker hat das gegen heftige Widerstände des Gewerbes und der Gewerkschaften durchgeholt. Heute gibt die Stadt Zürich jährlich 22 Millionen Franken für Beschäftigungsprogramme aus. Diese geben rund 2500 bis 3000 Sozialhilfebezügern eine Beschäftigung - das ist ein Viertel der rund 10 000 Fürsorgeabhängigen im arbeitsfähigen Alter.

Für Reto Gugg, den für die Beschäftigungsprogramme zuständigen Amtsdirigenten im Sozialdepartement, hat die Studie des Bundes durchaus auch Positives zutage gefördert: «Immerhin finden 60 Prozent der Teilnehmer an Beschäftigungsprogrammen wieder eine Stelle im normalen Arbeitsmarkt.» Dass ihre Vermittlungsfähigkeit kleiner ist, kommt für Gugg nicht überraschend. Dass diese Personen grosse Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden, sei gerade der Grund, warum die Stadt sie in solche Programme schicke. Einig geht Gugg mit der Aussage in der Studie, dass möglichst differenziert abgeklärt werden muss, welche Programme für welche Betroffenen nützlich sind. «Es kann nicht das Ziel sein, möglichst viele Leute in Beschäftigungsprogramme zu schicken. Das Ziel muss sein, die Leute an den für sie richtigen Programmen teilnehmen zu lassen.» Dafür betreibe das Sozialdepartement aufwendige Abklärungen. Gar nicht nachvollziehen kann Gugg die Aussage der Studie, wonach Beschäftigungsprogramme die Teilneh-

mer davon abhalten könnten, sich für eine normale Stelle zu bewerben: «Wir wissen, dass es diesen Effekt nicht gibt.» Die Programme seien für sie nicht so attraktiv, dass die Teilnehmer lange verweilen wollten. Im Durchschnitt sind sie ein Jahr in einem Programm.

#### Departement war überlastet

Auch die ehemalige Sozialvorsteherin Monika Stocker ist über die Studienergebnisse nicht erstaunt. Sie sieht den Grund für die schlechten Resultate vor allem im «gnadenlosen Arbeitsmarkt», in dem es an Stellen mit tiefen Anforderungen fehlt. Dass Zürich im Gegensatz zu Basel, Luzern, St. Gallen, Lausanne und Biel es abgelehnt hat, an der Studie teilzunehmen, erklärt Stocker mit der Arbeit, die für das Departement damit verbunden gewesen wäre: «Es liefen damals bereits zwei aufwendige Studien, darum konnten wir hier nicht auch noch mitmachen.» Werner Aeberhard vom Seco bestätigt, dass die Absage deswegen erfolgt sei. Später habe die Stadt zwar Interesse gezeigt, «aber es war aus Termingründen nicht mehr möglich, Zürich einzubeziehen».

Für die Sozialkommission ist die Studie eine gute Gelegenheit, die Arbeitsintegrationsprogramme unter die Lupe zu nehmen: «Bis anhin wurden solche Diskussionen immer im dunklen Kämmerlein abgehalten», sagt Mauro Tuena, Mitglied der Sozialkommission und SVP-Fraktionschef. Sämtliche Mitglieder der Kommission sollen den Bericht jetzt erhalten und diskutieren. Edgar Schuler